



Dresden, 15.02.2021

Gemeinsame Pressemitteilung

des Deutschen Gewerkschaftsbundes Sachsen (DGB) und
der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e. V. (VSW)

Lebensfremd und unehrlich

Anlässlich der morgigen Kabinettsitzung erneuern der sächsische DGB-Vorsitzende Markus Schlimbach und Arbeitgeberpräsident Dr. Jörg Brückner ihren Appell bezüglich der tschechischen Grenzpendler:

„Pflegerkräfte dürfen kommen – weil wir sie unmittelbar brauchen. Dort ist unsere Not besonders groß, da dürfen auch „Ausländer“ rein. Das sind unsere Nachbarn. Es sind gleichberechtigte Beschäftigte auf unserem gemeinsamen Arbeitsmarkt. Wir brauchen sie alle und unsere Mitarbeiter brauchen ihren Arbeitsplatz in Sachsen. Die undifferenzierte Blockade der Politik wird uns teuer zu stehen kommen: die Beschäftigten aus den Nachbarländern werden nicht vergessen, wer dafür verantwortlich ist, dass sie nicht zur Arbeit durften und manche werden sich bestimmt umorientieren.

Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt – nein danke. Diese Meinung bekommt praktische Unterstützung. Seine Freunde erkennt man in der Not – heißt es. Und Sachsen? Lässt unsere Nachbarn nicht zur Arbeit kommen, nur jene, die man gerade besonders braucht.

Alle Betriebe stehen im Wettbewerb. Alle Betriebe haben ein fundamentales Interesse daran, dass ihre Beschäftigten, ganz gleich, ob es deutsche, tschechische oder polnische sind, gesund bleiben. Gut, dass viele Firmen noch funktionieren – dank der vertrauensvollen Zusammenarbeit und dem Pragmatismus in den Betrieben. Wenn wir jetzt nicht mehr liefern können oder die Kosten dafür explodieren, wird das Langfristschäden für Sachsen haben – weniger Aufträge, weniger Arbeit, weniger Einkommen. Und mancher Kunde könnte entscheiden, mit der Auftragsvergabe gleich wo anders hinzugehen.

Liebe Staatsregierung: Bitte halten Sie ein! Infektionsschutz geht nur gemeinsam. Kein Urlaub, keine Einkäufe, nicht zum Tanken zum Nachbarn fahren. Nur auf direktem Wege – mit negativem Testergebnis – von zu Hause in die Firma und zurück. Der politische und der wirtschaftliche Schaden darf nicht noch größer werden.“